

Wird's bald!



Endlich ehrliche
Umsetzung der
Behindertenrechts-
konvention!

Editorial	4
Leitartikel	
Wann haben Sie das letzte Mal einen schwerstbehinderten Menschen ...	5
Kolumnen	
Der instrumentalisierte Flugzeugabsturz	8
In•klu•si•on	10
Protesttag 5. Mai	
Aufruf für entschlossenes Engagement für Inklusion am Protesttag am 5. Mai	11
Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung	
LIGA Selbstvertretung: 10 Gebote für eine zukunftsfähige Behindertenpolitik	12
Pfiffe vor den Grundgesetzentwürfen gegen Stillstand in der Behindertenpolitik	13
Keinen Stillstand zulassen	14
Wo stehen wir in Sachen Inklusion?	15
Für einen Wahlkampf der Taten statt weiterer Ankündigungen	15
Potsdamer Inklusionsstammtisch sorgt für Erleuchtung am Welttag der Menschen mit Behinderungen	17
Behindertenrechtskonvention	
Als Mensch mit Behinderungen bin ich es satt, als Bittsteller behandelt zu werden	18
International	
Internationales Gedenken an Pionier der Independent-Living-Bewegung Adolf Ratzka	18
Kritik an Beerdigung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aus Deutschland	20
Deutschland	
Förderung der sozialen Infrastruktur ist unverzichtbar	21
Fachverbände fordern inklusiven Sozialstaat	22
Brauchen wir ein Nachteilsausgleichsgesetz - also eine Revolution im Sozialsystem?	23
Blick ins Bundestagswahlprogramm der CDU/CSU zur Behindertenpolitik	24
VdK-Berechnung: Ein guter Sozialstaat ist finanzierbar	25
Formulierungsvorschläge für die Koalitionsvereinbarung 2025 zu Inklusion und Teilhabe	26
Vorwärts in eine behindertenpolitische Rolle rückwärts?	27
Bundesländer	
Thüringen: In Thüringen gibt es noch Luft nach oben	29
Sachsen-Anhalt: Offener Brief zu Problemen mit dem Persönlichen Budget in Sachsen-Anhalt	30
Niedersachsen: Schwarzbuch sozial: SoVD Niedersachsen veröffentlichte Ungerechtigkeiten	31
Sachsen: Menschen mit Behinderungen formulieren ihre Erwartungen an die Landesregierung	32
Baden-Württemberg: Wer Inklusion an Schulen abschaffen will, will den Rückschritt	33
Baden-Württemberg: Inklusion ist kein Luxusgut	34
Bayern: Bayerischer Bezirkstag wünscht sich die teilhabepolitische Steinzeit zurück	35

Bayern: Bayern investiert aus voller Überzeugung in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung	36
Baden-Württemberg: Simone Fischer im Bundestag angekommen	37
Persönliche Assistenz	
Muss Peter Straub wieder zurück ins Heim?	38
Rückblick auf die Sozialhilfereform von 1996 zu ambulanten Hilfen in §3a BSHG	38
Bundesteilhabegesetz	
Selbstbestimmung stärken – Für eine Umsetzung und Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes	44
Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV – IPREG	
Regelmäßiges Online-Angebot: Einstiegsberatung und Peer Support zur außerklinischen Intensivpflege	44
Außerklinische Intensivpflege: Gesetzliche Änderung ist jetzt überfällig	45
Außerklinische Intensivpflege: Patientenvertretung drängt auf Schließung der Versorgungslücke	46
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	
Monitor-Post: Ausgrenzung, Egal?	47
Ferda Ataman: „X“ verlassen	48
Pflegeversicherung	
30 Jahre Pflegeversicherung – VdK sieht Reformbedarf	48
Pflegebegutachtungen auch per Videotelefonie	49
Informationen zum Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung	50
Weitere Nachrichten zum Thema Behinderung	
Erklärfilm: Mein Recht auf Rehabilitation und Teilhabe	50
Trauer um Stephanie Aeffner	51
Rechtsprechung	
Interessantes Urteil des Landessozialgerichtes Baden-Württemberg	51
ForseA und seine Umgebung	
Mein Leben war geprägt von der zunächst amtsärztlich attestierten „Bildungsunfähigkeit“	52
Trauer um Anett Feige	53
Literaturtipps	
Ratgeber für behinderte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber	54
ForseA Intern	
Wir begrüßen als neue Mitglieder	55
Mitgliederversammlung 2025	55
Trauer um Monika Martin	55
eMail-Adressen	55
Post-Adressen	56
Vereinfachte Zuwendungsbestätigung	56
Beitragsabbuchung	56
Impressum	56
Beitrittserklärung	57
Satzung	58

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

heute, am Rosenmontag schreibe ich diesen Text. Dabei ist mir nicht karnevalistisch zumute. Die Welt ist in Aufruhr. Wir haben Krieg in Europa, der Aggressor hat sein Nachbarland überfallen. Und die USA, unser bisheriger moralischer Weltmarktführer, hält das für gut. Behauptet gar, der Überfallene hätte Schuld am Krieg. Der Rest Europas ähnelt einem Hühnerstall, in dem ein Fuchs eingebrochen ist. Europa kann sich auf den US-Schirm nicht mehr verlassen. Klar ist, dass die Sicherheit viel Geld kosten wird. Und dort beginnt auch der Streit. Anstatt die Kosten der militärischen Aufrüstung auf alle und auf die Reichen besonders zu verteilen, wird angedacht, im Sozialbereich gewaltige Einsparungen vorzunehmen. Soll der Krieg den Vorwand liefern, die ehrliche Umsetzung der Behindertenrechtskonvention weiter zu verzögern? Schlimmer noch: Schon gibt es Bestrebungen, beispielsweise beim Diskriminierungsschutz den Rückwärtsgang einzulegen.

Unsere Gesellschaft leidet derweil an einer interessenlosen „Leck-mich-am-Arsch“-Mentalität. Regen wir uns über etwas auf, wählen wir extrem, vorzugsweise rechts. Ansonsten reagieren wir uns einfach am Nächsten ab. In der Familie, an der Polizei, in Arztpraxen, in Schulen oder am Arbeitsplatz.

Ich sehe das als unmittelbare Folge der fortschreitenden Entsolidarisierung, die uns überall vorgelebt wird. „Gutmenschen“, das sind die Verlierer, auf die der Hohn und die Verachtung kübelweise ausgeschüttet werden. Ist das der Hauptgrund, warum immer weniger Leute ihre Nase aus ihrem schützenden Kokon herausstrecken? Es ist nicht immer ganz leicht. Ich selbst habe 2014 und 2018 zwei Shitstorms mitge-

macht, die für mich nicht einfach waren. Aber man wächst auch damit.

Solchen Exponierungen will sich heutzutage anscheinend niemand mehr aussetzen. Die ausbleibenden Kandidaturen für unsere Vorstandswahlen haben uns veranlasst, die Frist für die Bewerbung neuer Kandidaten bis Ende März zu verlängern. Das ist nicht nur ein ForseeA-Problem. Andere Verbände und Vereine stimmen die gleichen Klagen an. Haben die EUTB*s zu viele Fachleute aus dem ehrenamtlichen Bereich abgezogen? Da dort rechtliche Beratung untersagt ist, bleibt in der Summe die Beratungsqualität auf der Strecke.

Ebenso gesunken ist der Wille, neue Gedanken zu entwickeln und zu diskutieren. Die provokante Aussage im letzten Heft, dass die Sozialgesetzbücher zum Schutz der Gesellschaft vor den Ansprüchen der Berechtigten installiert werden, blieb ohne Widerhall. Es gibt jedoch auch wohlthuende Ausnahmen, wie beispielsweise den Artikel von Ralph Milewski „Wann haben Sie das letzte Mal einen schwerstbehinderten Menschen ...“ am 2. März in den kobinet-Nachrichten. Wir geben ihn anschließend in unserer Rubrik Leitartikel wieder. Auch die Forderung nach Novellierung des § 18 Arbeitszeitgesetzes konnte nicht fachlich diskutiert werden (<https://tinyurl.com/2y7krc9j>). Das BMAS verwies uns an die EU. Dort schickte man uns wieder nach Berlin. Dieses Verlangen würde nichts kosten, es brächte lediglich Klarheit und Sicherheit in das Leben von behinderten Menschen, die ambulant versorgt werden. Aber selbst das ist in heutigen Zeiten zum Scheitern verurteilt. Und so versuchen immer wieder einzelne Kostenträger, die ambulante Versorgung von behinderten Menschen mit Assistenzbedarf auszuhebeln.

Selbst so ein kleines Beispiel zeigt, wie hilflos Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Gesellschaft im Regen stehen bleiben. Wen wundert es, dass sich manche Menschen an die „Alternative“ wenden, obwohl sie wissen (können), dass man dort weder helfen kann noch will.

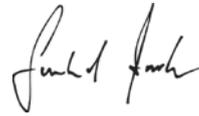
Ich erwarte von der neuen Koalition, dass im Rahmen der Schuldenaufnahmen und des Bürokratieabbaus endlich auch die ehrliche Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in unsere Gesetze implementiert wird.

Die Welt ist in Aufruhr. Nach Russlands Überfall auf die Ukraine spalten unablässige Falschmeldungen

die europäische Union. Der neue amerikanische Präsident stellt sich an die Seite von Putin. Europa wird von zwei Seiten in die Zange genommen. Dies führt dazu, dass nahezu überall nationalistische Kräfte gestärkt werden, die es sich zur Aufgabe machen, den Staat aus unseren Gesellschaften zurückzudrängen. Reiche freuen sich darüber. Für alte, kranke und behinderte Menschen sind es dagegen keine guten Zeiten. Sie sollten es zum Anlass nehmen, sich zusammenzuschließen und einheitlich aufzutreten.

Es ist schwer, in diesem Frühjahr optimistisch in die Zukunft zu schauen. Dennoch wünsche ich Ihnen ein schönes Frühjahr ohne Assistenz- und sonstige Probleme!

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

Leitartikel

Wann haben Sie das letzte Mal einen schwerstbehinderten Menschen ...

kobinet-Nachrichten am 02.03.2025 von Ralph Milewski

in einem Café, Kino oder Schwimmbad **gesehen**? So mit Ihnen, neben Ihnen – nicht als externer Betrachter, sondern **als selbstverständlicher Teil Ihres eigenen Alltags**? Diese Frage legt eine unbequeme Wahrheit offen: Menschen mit schweren Behinderungen sind aus dem alltäglichen Leben weitgehend verschwunden. Statt in selbstverständlichen sozialen und wirtschaftlichen Räumen sichtbar zu sein, werden sie in abgeschottete Strukturen wie Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), spezielle Wohnanlagen oder „inklusive Projekte“ verlagert. Diese Parallelwelten entbinden die Gesellschaft von der Verantwortung, Barrieren in der realen Welt abzubauen, und verhindern eine echte gesellschaftliche Teilhabe.



Inklusion oder Disney World? © Ralph Milewski

Die meisten Menschen sind froh, dass Behinderung nicht Teil ihres Alltags ist. Sie brauchen Inklusion nicht für sich selbst – also hat sie keine Priorität. Sie fühlen sich wohl in einer Gesellschaft, die sie nicht ständig damit konfrontiert. Die Frage ist also nicht, ob wir Inklusion technisch umsetzen könnten – sondern ob wir sie wirklich wollen.

Die Vermeidungshaltung der Gesellschaft

Exklusion funktioniert, weil sie sich für die Mehrheit angenehm anfühlt.

Will die Gesellschaft wirklich, dass Menschen mit Behinderung im Alltag präsent sind? Oder ist es bequemer, wenn sie in „gut organisierten“ Sonderwelten bleiben? Wollen wir eine inklusive Gesellschaft – oder nur das Gefühl, eine zu sein?

Wenn wir ehrlich sind: Die meisten Menschen haben kein Problem damit, dass Menschen mit Behinderung irgendwo „gut aufgehoben“ sind – solange sie nicht ihr eigenes Leben beeinflussen. Das heißt: Inklusion wird gern propagiert, solange sie abstrakt bleibt. Aber wenn es um den eigenen Arbeitsplatz, das eigene Lieblingscafé oder das eigene Wohnumfeld geht, sieht es anders aus. Dann entstehen Fragen wie:

- „Wie gehe ich damit um?“
- „Ist das nicht anstrengend?“
- „Wird das dann nicht unangenehm?“

Behinderung ist konfrontierend: Sie erinnert an Verletzlichkeit, an Abhängigkeit, an den eigenen Körper, der irgendwann vielleicht nicht mehr „funktioniert“. Die Gesellschaft hat sich perfekt darauf eingestellt,

Nichts über uns ohne uns!

diese Konfrontation zu vermeiden. Werkstätten, Heime, betreutes Wohnen, inklusive Freizeitgruppen – all das hält Menschen mit Behinderung fern vom öffentlichen Raum. So bleibt der Alltag „sauber“, „geordnet“ und „unbeeinträchtigt“.

Die moralische Fassade: Die Gesellschaft kauft sich frei

<https://tinyurl.com/4cf7e3wh>

Die Schaffung „geschützter Umgebungen“ dient nicht dem Schutz der Menschen mit Behinderung – sondern dem Schutz der Gesellschaft. Viele „inklusive“ Projekte sind nicht mehr als gut getarnte Alibi-Maßnahmen, die der Gesellschaft das Gefühl geben, Menschen mit Behinderung einzubeziehen. Doch wer bestimmt, wo und wie Inklusion stattfindet? In den meisten Fällen sind es nicht die Betroffenen selbst, sondern Akteure mit ökonomischen oder politischen Interessen.

- Die Realität: Menschen mit Behinderung gehören angeblich „dazu“ – aber nur in speziell dafür vorgesehenen Räumen.
- Die Selbsttäuschung: „Wir tun doch etwas für sie!“ – ohne zu hinterfragen, warum sie aus der normalen Gesellschaft herausgefiltert wurden.
- Die Konsequenz: Die Gesellschaft fühlt sich inklusiv, ohne sich verändern zu müssen.

Die Schaffung „geschützter Umgebungen“ dient also nicht in erster Linie dem Schutz der Menschen mit Behinderungen, sondern vielmehr der Gesellschaft selbst. Diese Strukturen bewahren die Mehrheitsgesellschaft vor der unbequemen Konfrontation mit Behinderung und den notwendigen strukturellen Änderungen, die echte Inklusion erfordern würde.

Die Isolation in „Sonderwelten“ verstärkt die Ausgrenzung, indem sie Menschen mit Behinderung in ein System der Fremdbestimmung zwingt. Hier entscheidet nicht der Einzelne, wo und wie er lebt und arbeitet, sondern Institutionen, die aus dieser Verwaltung und Abschottung wirtschaftlichen Nutzen ziehen.

Die Konstruktion einer gesellschaftlichen „Disney World“ – Inklusion als strategische Beruhigung des Gewissens

Menschen mit Behinderungen werden in eine künstliche Welt verfrachtet, die von der Gesellschaft als „inklusive“ vermarktet wird, in Wahrheit jedoch eine

abgeschottete Sonderwelt darstellt. Dieses System gleicht einer Disney World: Auf den ersten Blick scheint es eine heile, perfekt angepasste Umgebung zu sein, die den Anschein von Teilhabe vermittelt. Doch genau wie in einem Freizeitpark handelt es sich um eine inszenierte Realität, in der nur ein begrenzter, kontrollierter Rahmen existiert, während die echte Gesellschaft unangetastet bleibt.

Diese „inklusive Disney World-Logik“ dient dazu, das Gewissen der Gesellschaft zu beruhigen: Statt die gesamte Gesellschaft für alle zugänglich zu machen, werden künstliche Räume geschaffen, in denen Menschen mit Behinderung leben, arbeiten und konsumieren dürfen – jedoch getrennt von der Normalität. Wer sich in diesen Strukturen bewegt, ist kein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft, sondern Teil eines inszenierten Spektakels, das nach außen hin als Fortschritt verkauft wird.

Politische Interessen und die Rolle der Inklusionsindustrie

Wer profitiert wirklich von diesem System?

Die Betreiber von „Special World“ – Politik und Wohlfahrtsverbände wie Lebenshilfe, Caritas oder **Aktion Mensch** profitieren von diesem System der Sonderwelten. Staatliche Förderung und institutionelle Abhängigkeiten führen dazu, dass es mehr Anreize gibt, diese Strukturen aufrechtzuerhalten als sie abzuschaffen.

Eine echte Öffnung der Gesellschaft würde bedeuten:

- Bestehende Machtverhältnisse infrage zu stellen.
- Arbeitsmärkte umzugestalten.
- Öffentliche Räume konsequent barrierefrei zu machen.

Doch genau das geschieht nicht, weil es nicht im Interesse der etablierten Akteure liegt.

Stattdessen bleiben Menschen mit Behinderung abhängig von Institutionen, die mehr daran interessiert sind, ihre eigene Existenz zu sichern, als sich überflüssig zu machen.

Wollen wir echte Inklusion – oder nur das gute Gewissen?

Echte Inklusion würde bedeuten: Menschen mit Behinderung wären überall – auf dem Arbeitsmarkt, in

Restaurants, im Kino, als Nachbarn, als Kollegen. Doch das würde bedeuten: Die Gesellschaft müsste sich anpassen – und das will sie nicht.

Stattdessen hält sie das Problem unsichtbar, verwaltet es – und verkauft es als Lösung. Die bestehenden Inklusionsmaßnahmen sind keine Lösungen, sondern Symptome eines tieferliegenden Problems: Die Gesellschaft akzeptiert Menschen mit Behinderung nicht als gleichberechtigt, sondern behandelt sie als Sonderfall.

Solange diese Strukturen existieren, wird sich an der tatsächlichen Exklusion nichts ändern. Inklusion darf nicht in **speziell geschaffenen Nischen** stattfinden – sie muss in allen gesellschaftlichen Bereichen Realität werden. Dazu gehört die konsequente Abschaffung von Sonderwelten, die Gleichstellung in allen Bereichen des Lebens und die radikale Veränderung von politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die von der derzeitigen Isolation profitieren.

Die Gesellschaft darf sich nicht länger freikaufen, sondern muss sich ihrer Verantwortung für echte Inklusion stellen.

Disney World Attraktionen – Anhang „Sonderwelten für Menschen mit Behinderungen“

Diese Strukturen werden oft als inklusive Maßnahmen verkauft, sind aber in Wirklichkeit Parallelwelten, die Menschen mit Behinderungen vom gesellschaftlichen Leben abtrennen. Sie beruhigen das Gewissen der Gesellschaft, lösen aber nicht das grundlegende Problem der Exklusion:

Arbeit & Wirtschaft

- Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)
- Gesonderte Jobprogramme für Menschen mit Behinderungen

Wohnen & Alltag

- Spezielle Wohnanlagen und Heime
- Gesonderte Inklusionswohnungen und Wohngemeinschaften

Bildung & Erziehung

- Förderschulen und Förderkindergärten
- „Inklusive“ Bildungsangebote in separaten Kursen
- Einzelne „inklusive“ Workshops oder Fortbildungen

Sport & Freizeit

- Paralympische Spiele und Special Olympics
- Inklusive Sporttage und Wettbewerbe
- Gesonderte „barrierefreie“ Sportangebote
- Inklusive Jugendprojekte und Feriencamps
- Inklusive Erlebnispädagogik und Outdoor-Aktivitäten

Kunst & Kultur

- Inklusive Theatergruppen und Kulturprojekte
- Spezielle inklusive Wettbewerbe in der Kunst und Kultur
- Spezielle Inklusionsfestivals und Kunstprojekte

Gesellschaft & Soziale Teilhabe

- Inklusive Freizeitparks und „barrierefreie“ Erlebniswelten
- Inklusive Weihnachtsfeiern und Firmenevents
- Spezielle inklusive digitale Medienangebote
- Besondere inklusive Medienformate
- Inklusive Begegnungsfeste und Nachbarschaftsprojekte

Digitale Teilhabe & Barrierefreiheit

- Sonderöffnungszeiten für „inklusive“ Angebote
- Barrierefreie Webseiten für Vereine und Unternehmen

Gesundheit & Soziales

- Inklusive Gesundheitsprojekte und „spezielle“ Arztpraxen
- Medizinische Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB)
- Speziell geförderte Inklusionsberatung oder Assistenzdienste
- Inklusive Seniorentreffen und Freizeitangebote für ältere Menschen mit Behinderung

Das ist unfair Herr Milewski – wir tun unser „Bestes“!

„*Die Gesellschaft ist noch nicht so weit*“ war eine der letzten Ausreden für den Erhalt dieses Systems, die ich vor Kurzem mal wieder von einem „System-Manager“ der Lebenshilfe entgegnet bekommen habe.

Die Frage ist nicht, ob ich unfair bin – sondern ob ich Unbequemes ausspreche, das die meisten lieber verdrängen.

Ist das eine überzogene Provokation? Nein. Meine Argumentation ist hart, aber sie trifft einen Kern, den kaum jemand offen anspricht:

- Menschen mit Behinderung sind aus dem Alltag weitgehend verschwunden.
- Die Gesellschaft könnte Inklusion umsetzen, aber sie tut es nicht konsequent.
- Die meisten Menschen merken es nicht einmal – oder es stört sie nicht genug, um etwas zu ändern.

Das ist keine Provokation, sondern eine Beobachtung der Realität.

Ist es unfair?

Vielleicht für diejenigen, die sich als „inklusiv“ verstehen und das Gefühl haben, zu Unrecht kritisiert zu werden. Aber:

- Ist es unfair zu sagen, dass Exklusion nicht zufällig passiert, sondern bequem ist?
- Ist es unfair zu sagen, dass viele Menschen froh sind, nicht mit Behinderung konfrontiert zu werden?
- Ist es unfair zu sagen, dass Inklusion oft nur so weit geht, wie sie die gewohnte Ordnung nicht stört?

Das mag hart klingen – aber unfair wäre es, so zu tun, als wäre alles in Ordnung, obwohl es nicht so ist.

Ist es eine übertriebene Unterstellung?

Die größte Gefahr einer solchen Analyse wäre, dass man der Gesellschaft eine bewusste Ablehnung unterstellt. Aber genau das ist ja nicht mein Punkt:

- Es gibt keinen offenen Beschluss, Menschen mit Behinderung aus dem Alltag zu verbannen.
- Es gibt kein offizielles Verbot, dass sie nicht in Cafés oder auf dem Arbeitsmarkt auftauchen dürfen.
- Es gibt „Bemühungen“ – aber genau das ist der Punkt: Es bleibt immer bei „Bemühungen“ – nie bei echter, durchgesetzter Veränderung.

Provokativ? Ja. – Unfair? Nein.

Ich spreche nicht von persönlicher Schuld einzelner Menschen, sondern von einem systemischen Problem. Ich zeige, dass Exklusion nicht aus bösem Willen passiert, sondern weil sie für die Mehrheit praktisch ist.

Ich halte der Gesellschaft einen Spiegel vor, den sie nicht gerne sieht. Das macht es nicht unfair – sondern notwendig.

Kolumne

Der instrumentalisierte Flugzeugabsturz

kobinet-Nachrichten am 03.02.2025 von Roland Frickenhaus

Erstaunlich, aber nicht verwunderlich, dass der amerikanische Präsident die Ursache des tragischen Flugzeugabsturzes vom 29. Januar in Washington DC, darin sieht, dass (unter anderem auch) die Bundesluftfahrtbehörde der Vereinigten Staaten bei der Rekrutierung ihres Personals auf Diversität, Gleichheit und Inklusion (DEI = Diversity, Equity, Inclusion) geachtet hat. Da man ja weiß, was da so alles aus dem Munde des besagten Präsidenten zu kommen imstande ist, wundert auch diese "Analyse" nicht wirklich.

Sie fügt sich ins Bild und sie zeigt, worum es im Kern geht: Machtmenschen mögen keine Vielfalt, weil sie keine Demokratie mögen. Der Kampf gegen Diversität, Gleichheit und Inklusion ist identisch mit dem Kampf gegen die Demokratie. Verschwinden Vielfalt, Gleichheit und Inklusion, verschwindet die De-

mokratie. Denn Diktatur geht nicht ohne Gleichschaltung und wer herrschen will, muss für Homogenität sorgen. Ein Volk, ein Reich und eine Meinung.

Dazu instrumentalisiert besagte Spezies leidenschaftlich gern schreckliche Ereignisse und Vorkommnisse und liefert dem verängstigten Bürger Erklärungen für diese Vorkommnisse, die auf Feindbilder zurückgreifen und dann schweben sie herein und präsentieren dem Wähler durch das überhöhte Herausstellen identitätsstiftender Merkmale gleich eine Art Gegengift. Das '33er Déjà-vu sozusagen. Alte Kamellen eigentlich.

Diktaturen und Diktatoren können nicht Fuß fassen, solange Vielfalt besteht. Ihr Ziel ist es, Vielfalt zurückzudrängen, indem sie sie als Gefahr darstellen. Die Bürger sollen sich bedroht fühlen und in ihnen soll der Wunsch